

Jahresmedienkonferenz
economiesuisse
Donnerstag, 18. Januar 2018

Es gilt das gesprochene Wort

Innenpolitische Weichenstellungen für eine starke Aussenwirtschaftspolitik

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Voraussetzung für eine starke Aussenwirtschaftspolitik ist ein starker Wirtschaftsstandort Schweiz. Während in der Aussenwirtschaft der Fokus auf gut ausgehandelten Lösungen liegt, können wir die Rahmenbedingungen in der Schweiz in aller Autonomie so legen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wirtschaft – Export- wie Binnenwirtschaft – gesichert ist. 2018 ist ein Jahr, das unter diesem Aspekt besonders wichtig ist. Gerade jetzt, wo die Weltkonjunktur anzieht, sich in der Schweiz ein erfreuliches BIP-Wachstum und sinkende Arbeitslosenzahlen abzeichnen und die Frankenkrise als weitgehend überwunden gelten darf; gerade jetzt müssen eine ganze Anzahl von Vorlagen angegangen werden, um die Weichen für die künftige wirtschaftliche Attraktivität der Schweiz zu stellen.

Ganz zuvorderst steht hier die **Steuervorlage 17**. Ein attraktives steuerliches Umfeld ist nicht das einzige, aber ein wesentliches Standortkriterium für international tätige Unternehmen. Ohne gezielte Instrumente, die branchen- und standortgerecht wirken, ist diese Attraktivität im globalen Vergleich nicht zu halten. Diese Instrumente müssen sich aber im Rahmen des international Akzeptierten bewegen. Das ist heute in der Schweiz nicht der Fall, und wir haben bei der Umstellung wertvolle Zeit verloren. Die Steuervorlage 17 ist zwar grundsätzlich auf dem richtigen Weg. Sie setzt auf etablierte Instrumente sowie eine Anpassung des finanziellen Ausgleichs zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Hürden zur Anwendung der einzelnen Instrumente dürfen aber nicht derart hoch angesetzt werden, dass viele Unternehmen gar nicht mehr davon profitieren können. Für economie suisse ist klar, dass nach dem Nein zur USR III-Vorlage im vergangenen Jahr Anpassungen nötig sind. So sind wir einverstanden, dass auf Ebene Bund auf die zinsbereinigte Gewinnsteuer verzichtet wird. Auch zu einer Erhöhung der Entlastungsbegrenzung auf 70 Prozent können wir Hand bieten. Hingegen ist es aus unserer Sicht nicht zielführend, Kompensationen mittels einer flächendeckend höheren Dividendenbesteuerung anzustreben. Im Sinne des Steuerföderalismus soll dieser Entscheidung den Kantonen überlassen werden – ebenso wie die Einführung allfälliger Begleitmassnahmen, zum Beispiel zur Entlastung der Familien. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung und müssen nun alle einen Schritt aufeinander zu machen und zu Lösungen Hand bieten. Die Schlagzeilen der

letzten Monate zeigen deutlich, dass der internationale Druck in Steuerfragen weiter zunehmen wird. Zudem spielt der internationale Standortwettbewerb: Die USA haben ein radikales Steuersenkungsprogramm bereits beschlossen, andere Länder wie etwa Grossbritannien werden sich in diese Richtung bewegen. Die Schweiz hat deshalb alles Interesse, ihre steuerliche Attraktivität zu verteidigen.

Ein ähnlicher Fall liegt bei der Revision der **CO₂-Gesetzgebung** vor. Auch hier macht es aus gesamtwirtschaftlicher Sicht wenig Sinn, wenn die Schweiz Nabelschau betreibt, indem sie ihre bereits rekordhohen Abgaben weiter erhöht und Emissionen im In- und Ausland unterschiedlich behandelt. Damit die Wirtschaft das neue Gesetz mitträgt, muss das Parlament den bundesrätlichen Entwurf in wichtigen Punkten korrigieren. Drei Forderungen stehen für uns im Vordergrund. Erstens: die Einführung eines Flexibilitätsmechanismus, damit die Schweiz den notwendigen Spielraum erhält, um das ambitionierte Reduktionsziel von 50 Prozent zu erreichen. Die strikte Unterscheidung zwischen Reduktionen im In- und Ausland ist für eine international immer stärker vernetzte Volkswirtschaft wie die Schweiz ineffizient. Zudem macht es sowohl aus ökonomischen wie aus klimapolitischen Überlegungen Sinn, vor allem dort in Reduktionen zu investieren, wo die eingesetzten Mittel am meisten bewirken. Zweitens fordern wir einen uneingeschränkten Zugang für alle Unternehmen zum System der Zielvereinbarungen. Sehr viele Unternehmen wollen zur weiteren Reduktion der Emissionen beitragen. Doch das Potenzial wird gerade auch wegen administrativer Hürden bisher nicht ausgeschöpft. Ziel der Revision muss deshalb sein, die erfolgreiche Arbeit der Energie-Agentur der Wirtschaft zu stärken. Seit 2001 haben die über 3800 dort beteiligten Unternehmen über den Abschluss von Zielvereinbarungen und die Umsetzung von wirtschaftlichen Massnahmen rund 1,8 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Damit wurden die Reduktionsziele mehr als erreicht. Schliesslich fordern wir drittens keine höhere CO₂-Abgabe, denn bereits heute kennen wir in der Schweiz die zweithöchste Abgabe weltweit. Mit einer Gesetzesrevision, die diese Aspekte berücksichtigt, wäre die Schweiz in der Lage, eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz zu spielen und gleichzeitig ihre Standortattraktivität zu wahren.

Leider wird sich unser Land 2018 aber nicht nur mit zukunftsgerichteten Reformen beschäftigen, sondern auch mit einer Reihe von Initiativen und Vorhaben, die allesamt den Rückwärtsgang einlegen wollen. In der Europapolitik steht uns mit der **Selbstbestimmungsinitiative** ein entscheidender Urnengang bevor. Die Vorlage verlangt ein Primat der Bundesverfassung vor dem internationalen Recht, und Schweizer Gerichte sollen fortan nur noch an jene Abkommen gebunden sein, die dem Referendum unterstanden. Neue Verträge könnte die Schweiz nur noch unter dem Vorbehalt abschliessen, dass sie gewissen Verpflichtungen nach einer Verfassungsänderung nicht mehr nachkommen könnte. Und Verfassungsänderungen gibt es in der Schweiz bekanntlich häufig. Weil die Initiative eine Rückwirkungsklausel enthält, gefährdet sie ganz direkt das Rückgrat der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik: Hunderte von Freihandels-, Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen mit zahlreichen Ländern. Betroffen sind neben den WTO-Verträgen auch die Bilateralen. Bei einer strengen Auslegung gemäss Initiativtext wäre das Personenfreizügigkeitsabkommen für die Bundesrichter ab sofort nicht mehr relevant, und das Landverkehrsabkommen wäre mit der Alpen-Initiative nicht länger vereinbar. Da auch die Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht dem Referendum unterstand, wäre diese für unsere Richter nicht länger bindend. Alle diese Punkte sind standortrelevant, weshalb sich economiesuisse mit einer breiten Allianz gegen die Initiative engagieren wird.

Leider ist die Europapolitik der Schweiz seit vielen Jahren geprägt von der Vermeidung von Rückschritten, und daran wird sich auf absehbare Zeit kaum etwas ändern. Das sich abzeichnende Referendum gegen die **Waffenrechts-Richtlinie** im Schengenraum wird zu einer Situation führen, bei der höchstens der Status quo gerettet werden kann. Und mit ihrer **Kündigungsinitiative** hat die SVP sichergestellt, dass sich die Kontroverse zu Europa über die Wahlen hinaus in den gleichen Bahnen bewegen wird. Das ist bedauerlich, denn viel fruchtbarer wäre eine offene Diskussion darüber, wie

wir die Beziehungen zu unseren Nachbarn in Zukunft ausgestalten wollen. Ich befürchte, dass auch das institutionelle Rahmenabkommen, falls es dieses Jahr zu einem Verhandlungsabschluss kommt, keine solche Diskussion bewirken wird. Mit unserer Kampagne «stark+vernetzt» versuchen wir, den Wert einer offenen und vernetzten Schweiz vermehrt bewusst zu machen. Doch das allein reicht nicht: Wir brauchen auch wieder mehr Mut seitens der politischen Führung und eine geschlossene Haltung des Bundesrats.

Ein herber Rückschlag für unseren Standort und damit unsere Aussenwirtschaftspolitik wäre auch die Annahme der **Unternehmensverantwortungsinitiative**. Sie verlangt eine Sorgfaltsprüfungspflicht über die ganze Liefer- und Wertschöpfungskette und neue Haftungsbestimmungen für Unternehmen mit Sitz in der Schweiz. Die von den Initianten geforderten Regeln sind weltweit einzigartig und bedeuten einen massiven Eingriff ins heutige Rechtssystem. Fundamentale Grundsätze des Gesellschafts-, Haftungs- und internationalen Privatrechts werden missachtet. Störend ist vor allem, dass anderen Staaten in der Schweiz geltende Gesetze aufgezwungen werden – im umgekehrten Fall würden wir uns einen solchen Eingriff bestimmt nicht gefallen lassen. Und als attraktiven Unternehmensstandort nähme sich die Schweiz damit selbst aus dem Rennen. Wohlgemerkt: economiesuisse spricht sich sehr wohl für einen weltweit besseren Schutz der Menschenrechte und der Umwelt aus. Und selbstverständlich müssen sich Unternehmen an internationale und nationale Vorschriften halten. Die Initiative fordert aber eine totale Verrechtlichung aller Probleme und verhindert damit gemeinsam getroffene Lösungen. Miteinander statt gegeneinander wäre aus unserer Sicht der zielführendere Ansatz.

Das Rad der Zeit besonders stark zurückzudrehen versucht man derzeit in der **Agrarpolitik**. Bereits heute schottet kaum ein anderes OECD-Land seinen ersten Sektor derart stark ab wie die Schweiz. Beim Aushandeln neuer Wirtschaftsabkommen wird dies immer häufiger zum Stolperstein. Zwar hat der Bundesrat Anfang November eine mutige Reformagenda vorgelegt, die konkrete Schritte für eine Öffnung, aber wohlgemerkt auch Kompensationszahlungen für die Landwirte vorsieht. Die Richtung stimmt und der Weg hin zur Marktöffnung sollte nun wirklich eingeschlagen werden. Doch die nähere Zukunft sieht leider anders aus. Die Fair-Food-Initiative, über die wir voraussichtlich im Herbst abstimmen, verlangt für eingeführte Nahrungsmittel Schweizer Standards bezüglich Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Das schränkt nicht nur die Auswahl für Schweizer Konsumenten drastisch ein, sondern ist auch nicht konform mit dem Agrarabkommen mit der EU und den Regeln der WTO. Gleiches gilt für die Initiative «für Ernährungssouveränität». Sie verlangt eine noch viel stärkere Abschottung mit neuen Schutzzöllen, Preisgarantien und weiteren tief greifenden staatlichen Eingriffen in die Landwirtschaft. Nichts davon ist zukunftsfähig, es sei denn, man träumt von einer Schweiz als Bauerngesellschaft wie anno dazumal.

Damit wären wir bei den idealistischen Initiativen angelangt. Zu diesen zählt die **Vollgeld-Initiative**, über die wir voraussichtlich im Juni abstimmen werden. Die Thematik ist äusserst komplex, und für die Details verweise ich Sie gerne auf die Kampagnenseite www.vollgeldinitiative-nein.ch. An dieser Stelle nur so viel: Die Schweiz soll gewissermassen als Testmarkt für ein hochriskantes volkswirtschaftliches Experiment hinhalten. Für den Wirtschaftsstandort wäre es ein ganz schlechtes Zeichen, wenn die Schweiz ihre bislang sehr zuverlässige Geldpolitik derart radikal ändern und sich auf utopisches Neuland begeben würde.

Diese kurze Rundschau zeigt, dass die Aussichten für den Standort Schweiz trotz positivem konjunkturellem Umfeld besser sein könnten. Wichtige Reformprojekte stocken oder haben Mühe, im Volk die nötige Mehrheit zu finden. Und die Politik ist zu einem grossen Teil damit beschäftigt, gefährliche Initiativen abzuwehren, die in wichtigen Bereichen Rückschritte propagieren. Beide Tendenzen lähmen den Fortschritt, derweil nehmen Bürokratie und Regulierung weiter zu. So weist beispielsweise der Global

Competitiveness Index des WEF Bürokratie und Regulierung im internationalen Vergleich als die grössten Minuspunkte der Schweiz aus. Unser Land, eigentlich bekannt für schlanke Lösungen und unkomplizierte Abläufe, macht sich damit selbst das Leben schwer. Deshalb kann ich der Idee einer **Regulierungsbremse** durchaus etwas abgewinnen. Die politischen Hürden für teure Regulierungsvorhaben würden damit erhöht. In eine ähnliche Richtung geht der Vorschlag, eine unabhängige Instanz einzusetzen, die überwacht, ob neue Regulierungen wirklich zielführend sind und ob deren Kostenfolgen transparent ausgewiesen werden. Solche Massnahmen wären für die Schweiz ein echter Fortschritt.

Für einen attraktiven Standort und eine starke Wirtschaft braucht es den konstruktiven Dialog aller politisch relevanten Kräfte in unserem Land. Damit die Schweiz weiterhin stark und vernetzt bleibt.